

**Antrag 114/II/2024**

**KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Verringerung von Angsträumen und Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr**

- 1 • Der Senat wird aufgefordert, sich weiterhin, insbe-
- 2 sondere im Rahmen der Erarbeitung einer Landes-
- 3 strategie für queere Sicherheit, für die Verringerung
- 4 von Angsträumen und die Erhöhung der Sicherheit
- 5 für alle Menschen im öffentlichen Nahverkehr ein-
- 6 zusetzen und die Budgets dafür zu erhöhen.
- 7 • Dabei ist darauf zu achten, dass ein ganzheitlicher
- 8 Ansatz verfolgt wird, der nicht nur auf die Ahndung
- 9 von Straftaten ausgerichtet ist, sondern auch al-
- 10 le sozialen, gesundheitlichen und psychologischen
- 11 Unterstützungsangebote bereithält, um langfristig
- 12 nachhaltige Lösungen zu schaffen.
- 13 • Insbesondere an Haltestellen des S- und U-
- 14 Bahnverkehrs, die in oder in der Nähe von krimi-
- 15 nellen Schwerpunktorten liegen, sind mit einer
- 16 ständigen Präsenz von Polizei und Sicherheitskräf-
- 17 ten auszustatten.
- 18 • Das hierbei eingesetzte Personal soll gesondert ge-
- 19 schult und sensibilisiert werden für die besonderen
- 20 Anforderungen (z.B. Verhinderung von Racial Profil-
- 21 ing u.a.) die es an diesen Orten gibt.
- 22 • Personal soll insbesondere während der Hauptbe-
- 23 triebzeiten, also sowohl zu Zeiten des morgendli-
- 24 chen und nachmittäglichen Berufsverkehrs als auch
- 25 zu Zeiten des abendlichen Ausgehverkehrs, einge-
- 26 setzt werden, sodass die Nutzung der Bahnhöfe in-
- 27 inklusive der Zugangswege als auch das Warten auf
- 28 einen Zug ohne Angst und Übergriffe erfolgen kann.
- 29 Insbesondere auch die Zugänge zu diesen Bahnhö-
- 30 fen müssen ständig darauf kontrolliert werden, da-
- 31 mit Fahrgäste diese Wege ohne Behinderung oder
- 32 Bedrohung nutzen können.

**Begründung**

36 Die Möglichkeit, sich in Berlin von A nach B mit dem ÖPNV  
 37 angstfrei bewegen zu können, gehört zu den Grundbe-  
 38 dürfnissen von Menschen in Berlin. Wir müssen dafür Sor-  
 39 ge tragen, dass alle Menschen den ÖPNV in Berlin ohne  
 40 Angst vor Übergriffen nutzen können und stets ein aus-  
 41 reichendes Sicherheitsgefühl haben. Dies gilt umso mehr  
 42 auch für sichtbar queere Menschen, die sich zunehmend  
 43 Übergriffen ausgesetzt sehen.